Sozialversicherungsgericht
des Kantons Zürich

Rechenschaftsbericht 2006

Das Sozialversicherungsgericht des Kantons Zürich erstattet dem Kantonsrat des Eidgenössischen Standes Zürich hiermit gemäss § 1 Abs. 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht vom 7. März 1993 seinen zwölften Rechenschaftsbericht.

Winterthur, den 3. April 2007

SOZIALVERSICHERUNGSGERICHT
DES KANTONS ZÜRICH

Der Präsident

Urs Engler

Der Generalsekretär

Robert Schnetzer

Inhalt

Das zwölfte Berichtsjahr

		Seite
1.	**Überblick**	**7**
1.1	Aktuelle Standortbestimmung	7
1.2	Arbeitslast	8
1.3	Prozessdauer	9
2.	**Organisation**	**11**
3.	**Schulung und Weiterbildung**	**13**
4.	**Rechtsprechung**	**15**
5.	**Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte**	**17**
6.	**Personelles**	**19**
6.1	Auslastung Stellenplan	19
6.2	Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang	19
6.3	Belegschaft	20
7.	**Sachliche Zuständigkeit**	**25**
7.1	Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts	25
7.2	Zuständigkeit des Schiedsgerichts	26
8.	**Statistische Übersichten**	**27**
8.1	Sozialversicherungsgericht	27
8.2	Schiedsgericht	31
Abkürzungen		**33**

Das zwölfte Betriebsjahr

1. Überblick

1.1 Aktuelle Standortbestimmung

Im Berichtsjahr sind insgesamt 2'715 Beschwerden und Klagen eingegangen, 11.1 % weniger als im Vorjahr 2005 (3'054 Eingänge). Erledigt wurden in derselben Zeit 2'678 Verfahren, 6.1 % mehr als im Vorjahr (2'523 Erledigungen). Als Pendenzen blieben am Ende des Berichtsjahres 2'250 Fälle, was einem marginalen Anstieg gegenüber dem Vorjahr mit 2'213 Pendenzen von 1.7 % entspricht.

Dieses Ergebnis kann unter dem Aspekt des etwa gleich gebliebenen Pendenzenstandes zwar durchaus als erfreulich bezeichnet werden. Dennoch ist zu relativieren: Im Rahmen der sogenannten „Kleinen IV-Revision", die am 1. Juli 2006 in Kraft getreten ist und die, neben der Einführung einer Kostenpflicht für Gerichtsverfahren im Bereich von Versicherungsleistungen in der Invalidenversicherung, aus Gründen der Verfahrensbeschleunigung eine Rückkehr zum früheren Vorbescheidverfahren statuiert, hat die IV-Stelle der kantonalen Sozialversicherungsanstalt in der Zeit unmittelbar vor Inkrafttreten der Revision keine Verfügungen nach bisherigem Recht mehr erlassen, sondern die neue Regelung abgewartet. Dies hatte einen zwar nur vorübergehenden, aber signifikanten Rückgang der IV-Beschwerdeeingänge in den Monaten Mai bis Juli 2006 zur Folge. Die in den letzten Jahren ständig gestiegene Anzahl neueingehender IV-Beschwerden hat somit nicht nur in absoluten Zahlen (von 1'406 Eingängen im Vorjahr um 14.5 % auf 1'202 Eingänge im Berichtsjahr), sondern auch im relativen Anteil an sämtlichen neu eingegangenen Fällen von 46 % im Jahre 2005 auf 44 % im Berichtsjahr leicht abgenommen. Wie die Daten des ersten Quartals 2007 jedoch zeigen, wird realistischerweise davon auszugehen sein, dass der Anstieg von Beschwerdeverfahren im Bereich der Invalidenversicherung seinen weiteren Fortgang nehmen wird: Von Januar bis März 2007 sind bereits 490 IV-Beschwerden eingegangen, was einem Anteil an sämtlichen Eingängen von rund 53 % entspricht. Über alle Rechtsgebiete hinweg muss, hochgerechnet auf das ganze Jahr 2007, davon ausgegangen werden, dass die Neueingänge auf gegen 3'700 Fälle ansteigen, was einer Zunahme gegenüber dem Berichtsjahr von 36 % entspräche.

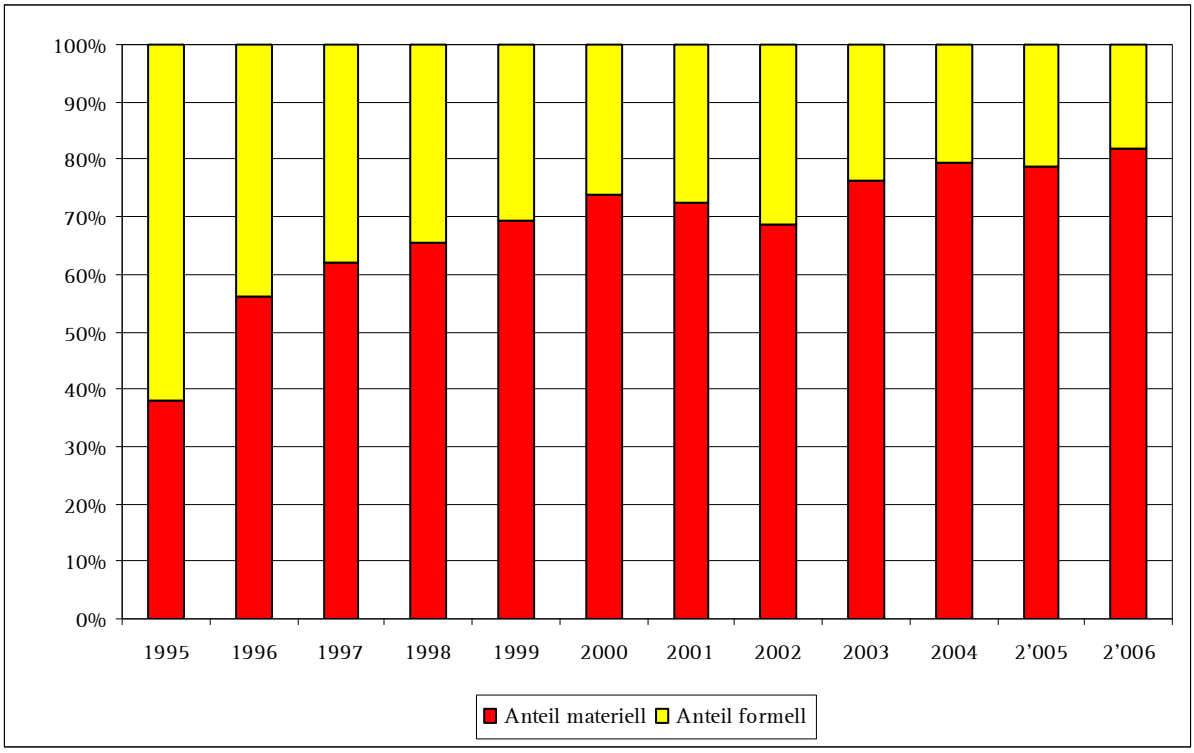
Die Entwicklung der Eingänge in den übrigen Rechtsbereichen zeigt sich wie folgt: In der Alters- und Hinterlassenenversicherung wurde mit 215 Neueingängen gegenüber 214 im Vorjahr praktisch derselbe Stand erreicht, wobei der Teilbereich der Schadenersatzverfahren von 73 Neueingängen im Vorjahr um 31.5 % auf 96 deutlich zugenommen hat, die

anderen AHV-Beschwerden von 141 Eingängen im Vorjahr um 15.6 % auf 119 Eingänge im Berichtsjahr abgenommen haben. Ebenfalls rückläufig waren die Eingänge bei der Arbeitslosenversicherung, und zwar von 629 um 20.5 % auf 500 Fälle. Bei der beruflichen Vorsorge sind die Eingänge gegenüber dem Vorjahr um 8.2 % von 158 auf 171 angestiegen. Die Eingänge im Bereich der Krankenversicherung sind gegenüber 160 Fällen im Vorjahr um 13.8 % auf 138 im Berichtsjahr gesunken. Und bei der Unfallversicherung sind die Neueingänge mit 401 Fällen etwa gleich geblieben wir im Vorjahr mit 409 Fällen (minus 2 %).

1.2 Arbeitslast

Das Sozialversicherungsgericht hatte im Berichtsjahr wiederum ein beträchtliches Pensum zu bewältigen. Die bereits seit mehreren Jahren anhaltende Entwicklung, wonach mit steigendem Anteil der komplexen und umfangreichen Prozesse, die mit überwiegend aufwändigen Urteilen enden, gleichzeitig der Anteil formeller Erledigungen (insbesondere infolge Rückzug, Anerkennung, Gegenstandslosigkeit und Nichteintreten) rückläufig war, hat sich im Berichtsjahr noch einmal deutlich fortgesetzt. Wie die nachstehende Grafik zeigt, ist der Anteil der materiellen Erledigungen seit 1995 mit 38 % praktisch kontinuierlich angestiegen und hat im Berichtsjahr erstmals die 80%-Marke überschritten.

Anteil der materiellen und der formellen Erledigungen von 1995 bis 2006



Was dies im Verhältnis von Aufwand und Ertrag bedeutet, kann am Vergleich der Jahre 1997 und 2006 beispielhaft aufgezeigt werden: Im Jahre 1997 konnten insgesamt 3'697 Fälle erledigt werden, 2'293 (62 %) davon waren materielle Entscheide, bei den übrigen 1'404 (38 %) handelte es sich um formelle Erledigungen. Im Berichtsjahr 2006 wurde mit 2'195 materiellen Erledigungen ein annähernd gleiches Ergebnis erzielt, nur machte dieser Anteil bereits 82 % aller Erledigungen aus, die Anzahl formeller Erledigungen betrug lediglich 483 Fälle (18 %). Somit steht dem Jahresergebnis von 1997 mit 3'697 Erledigungen das verhältnismässig bescheidene Ergebnis von 2'678 Erledigungen im Jahre 2006 gegenüber, obwohl der absolute Arbeitsaufwand in etwa derselbe war.

Die Abnahme des Anteils formeller Erledigungen ist weitgehend eine Folge des per 1. Januar 2003 in Kraft getretenen neuen Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts/ATSG und des damit eingeführten Einspracheverfahrens. Dass sich Fälle, die früher angesichts klarer Rechtslage und häufig bescheidenen Streitwertes durch Rückzug erledigt wurden, heute oft gar nicht mehr zum Gerichtsverfahren ausweiten, darf als eine sehr positive Entwicklung angesehen werden. Für das Gericht indessen erweist sich dies insofern aber zunehmend als unvorteilhaft, als seine Performance im finanzpolitischen Umfeld (insbesondere im Rahmen des konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans/KEF mit dessen Indikatoren ‚Wirkung/Effektivität', ‚Leistung/Effizienz' und ‚Wirtschaftlichkeit') überwiegend nach der *Anzahl* seiner jährlichen Erledigungen beurteilt wird, ohne dass der soeben illustrierte aufwandmässige Hintergrund einer Erledigung dokumentiert und mit in die Betrachtung einbezogen werden könnte.

1.3 Prozessdauer

Die durchschnittliche Prozessdauer ist gegenüber dem Vorjahr mit 8.2 Monaten wiederum etwas angestiegen und betrug im Berichtsjahr rund 10 Monate. Ausschlaggebend für diesen Wert ist weniger die absolute Anzahl der erledigten Fälle, die ja im Berichtsjahr höher lag als im Vorjahr, sondern vielmehr deren Zusammensetzung: Formelle Erledigungen, insbesondere durch Rückzug oder Nichteintreten, fallen in der Regel in den ersten Verfahrensmonaten an. Sind dieselben, wie oben gezeigt, rückläufig, ist der Anstieg der durchschnittlichen Prozessdauer die natürliche Folge.

2. Organisation

Geschäftsleitung

Vorsitz	Engler Urs, Gerichtspräsident
Mitglieder	Daubenmeyer Verena (ab 1. Juli 2006)
	Faesi Thomas, Vizepräsident (bis 30. Juni 2006)
	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Walser Hermann

Zusammensetzung der Kammern

I. Kammer	Vorsitz	Grünig Christine, 1. Vizepräsidentin
	Mitglieder	Spitz Ueli, Vizepräsident
		Bürker-Pagani Rosanna
	Ersatzmitglied	Maurer Reiter Edith
II. Kammer	Vorsitz	Mosimann Hans-Jakob, Vizepräsident
	Mitglieder	Meyer Beat
		Pfiffner Rauber Brigitte
		Walser Hermann
	Ersatzmitglieder	Imhof Edgar
		Romero-Käser Irene
III. Kammer	Vorsitz	Faesi Thomas, Vizepräsident
	Mitglieder	Annaheim-Büttiker Esther
		Daubenmeyer Verena
	Ersatzmitglied	Condamin-Voney Gertrud
IV. Kammer	Vorsitz	Engler Urs, Gerichtspräsident
	Mitglieder	Hurst Robert
		Weibel-Fuchs Rosetta
	Ersatzmitglieder	Arnold Gramigna Christa
		Gräub Erich

Angegliedertes Schiedsgericht

Leitendes Mitglied	Pfiffner Rauber Brigitte
Stellvertreter	Spitz Ueli

3. Schulung und Weiterbildung

Im Rahmen von öffentlichen sozialversicherungsrechtlichen Fachtagungen und Weiterbildungsseminaren sind im Berichtsjahr, mit Kostenübernahme durch das Sozialversicherungsgericht sowie mit Anrechnung des entsprechenden individuellen Zeitaufwandes, insgesamt rund 60 Veranstaltungstage belegt worden. Zwei weitere juristische Mitarbeitende haben unter vorübergehender Reduktion ihres Beschäftigungsgrades eine Fachausbildung der Universität St. Gallen mit Schwergewicht Haftpflicht- und Versicherungsrecht in Angriff genommen.

Zudem wurden im Berichtsjahr folgende interne Veranstaltungen mit externen Fachreferenten organisiert:

- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Der regionale ärztliche Dienst (RAD) der Invalidenversicherung – Aufbau, Ausstattung, Arbeitsweise' (Referenten: lic. iur. Reto von Steiger, Leiter IV-Stelle, Dr. med. Frank Peric, Leiter RAD, beide SVA Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Langlebigkeitsrisiko in der beruflichen Vorsorge, Auswirkungen der allgemein steigenden Lebenserwartung auf die Leistungsverpflichtungen der Pensionskassen' (Referent: Dr. ès.sc.act. Olivier Deprez, Pensionsversicherungsexperte, Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Grundbegriffe der Zahnmedizin' (Referent: Dr. med. dent. Urs Keller, Zürich)
- Weiterbildungsveranstaltung zum Thema ‚Koordinationsfragen im Rentenbereich' (Referent: Prof. Dr. iur. Thomas Gächter)

4. Rechtsprechung

Unter der Internet-Adresse www.sozialversicherungsgericht.zh.ch stehen sämtliche Kollegialgerichtsentscheide und die wesentlichen Einzelrichterentscheide des Sozialversicherungsgerichts ab Januar 2003 zur Verfügung. Frühere Entscheide (bis und mit 2002) können unter den entsprechenden spezifischen Angaben beim Sozialversicherungsgericht bestellt werden.

5. Gemeinsame Justizverwaltung der obersten kantonalen Gerichte

Die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte hat im Berichtsjahr insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Folgende Geschäfte wurden dabei behandelt:

- Bildung eines Projektausschusses der Finanzdirektion für das Projekt ‚Case Management, Neuregelung Lohnfortzahlung, Sozialstellenplan'
- Vorgehen bei der Entgegennahme und Behandlung von Petitionen (entsprechender Beschluss der Verwaltungskommission über die sinngemässe Anwendung des Regierungsratsbeschlusses Nr. 47/2006 in der Rechtspflege)
- Kenntnisnahme des zwischenzeitlich abgeschlossenen Projekts des Obergerichts betreffend Mitarbeiterbeurteilung

Im Übrigen hat sich die Verwaltungskommission der obersten Gerichte zu folgenden Vorlagen und Anträgen der Regierung vernehmen lassen:

- Entwurf eines neuen Regierungsratsbeschlusses betreffend Richtlinien zum Vorgehen bei Stellenabbau und Entlassungen
- Teilrevision des Lohnsystems, Überprüfung von Einreihungen, Nachführung des Einreihungsplans gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 490/2006
- Neugestaltung des kantonalen Amtsblattes, elektronische Veröffentlichung
- Anpassung der kantonalen Gesetze und Verordnungen an das neue Partnerschaftsgesetz
- Entwurf einer neuen Immobilienverordnung

Verwaltungskommission und Plenarausschuss der obersten kantonalen Gerichte wurden bis 30. Juni 2006 präsidiert von Prof. Dr. Moritz Kuhn, Präsident des Kassationsgerichts. Als Vizepräsident amtete bis zu diesem Zeitpunkt Prof. Dr. Martin Zweifel, Präsident des Verwaltungsgerichts, der ab 1. Juli 2006 das Präsidium übernahm. Auf denselben Zeitpunkt hin wurde lic. iur. Urs Engler, Präsident des Sozialversicherungsgerichts, zum neuen Vizepräsidenten gewählt.

Delegierte des Sozialversicherungsgerichts waren die folgenden Richterinnen und Richter:

In der Verwaltungskommission der Gerichte:

- Engler Urs

Im Plenarausschuss der Gerichte:

- Engler Urs
- Daubenmeyer Verena (ab 1. Juli 2006)
- Faesi Thomas (bis 30. Juni 2006)
- Grünig Christine
- Pfiffner Rauber Brigitte
- Walser Hermann

6. Personelles

6.1 Auslastung Stellenplan

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

- Richter/innen 100 % von 9 Vollstellen (100 % von 9 Vollstellen)
- Jur. Sekretariat 103.7 % von 39 Vollstellen (102.6 % von 36 Vollstellen)
- Adm. Kanzlei 96.3 % von 10 Vollstellen (97.6 % von 10 Vollstellen)
- Gesamtgericht 101.9 % von 58 Vollstellen (101.3 % von 55 Vollstellen)

6.2 Funktionsgruppen / Zusammensetzung / Beschäftigungsumfang

(in Klammern die Werte vom Vorjahr)

		Personen	in %		Personen	in %
Richter/innen Vollstellen: 9 (9)	Weiblich	6 (6)	46 (46)	Vollzeit	4 (4)	31 (31)
	Männlich	7 (7)	54 (54)	Teilzeit	9 (9)	69 (69)
	Total	13 (13)	100	Total	13 (13)	100
Ersatzrichter/innen Vollstellen: 1.6 (1.6)	Weiblich	4 (4)	67 (67)	Vollzeit	0 (0)	0 (0)
	Männlich	2 (2)	33 (33)	Teilzeit	6 (5)	100 (100)
	Total	6 (6)	100	Total	6 (5)	100
Juristisches Sekretariat Vollstellen: 40.45 (36.94)	Weiblich	30 (29)	59 (57)	Vollzeit	18 (21)	35 (41)
	Männlich	21 (22)	41 (43)	Teilzeit	33 (30)	65 (59)
	Total	51 (51)	100	Total	51 (51)	100
Administrative Kanzlei Vollstellen: 9.63 (9.76)	Weiblich	14 (14)	100 (100)	Vollzeit	3 (2)	21 (14)
	Männlich	0 (0)	0 (0)	Teilzeit	11 (12)	79 (86)
	Total	14 (14)	100	Total	14 (14)	100
Gesamt* Vollstellen**: 59.08 (55.7)	Weiblich	52 (51)	65 (63)	Vollzeit	25 (27)	31 (33)
	Männlich	28 (30)	35 (37)	Teilzeit	55 (54)	69 (67)
	Total	80 (81)	100	Total	80 (81)	100

** 4 Personen waren gleichzeitig als Ersatzrichter/innen und als juristische Sekretär/innen eingesetzt und sind deshalb im Gesamttotal nur ein Mal mitgezählt*

*** exkl. Ersatzrichter/innen*

6.3 Belegschaft

- **Richterinnen und Richter**

Ordentliche Mitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Annaheim-Büttiker Esther, Dr. iur.
- Bürker-Pagani Rosanna, lic. iur.
- Daubenmeyer Verena, lic. iur.
- Engler Urs, lic. iur.
- Faesi Thomas, Dr. iur.
- Grünig Christine, lic. iur.
- Hurst Robert, Dr. iur.
- Meyer Beat, lic. iur.
- Mosimann Hans-Jakob, Dr. iur.
- Pfiffner Rauber Brigitte, Dr. iur.
- Spitz Ueli, lic. iur.
- Walser Hermann, Dr. iur.
- Weibel-Fuchs Rosetta, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Kantonsrat für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Gräub Erich, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Romero-Käser Irene, lic. iur.

Ordentliche Ersatzmitglieder, gewählt vom Sozialversicherungsgericht für die Amtsdauer 2001 bis 2007:

- Arnold Gramigna Christa, lic. iur.
- Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.

- **Generalsekretariat**

  Generalsekretär:

  - Schnetzer Robert, Dr. iur.

  Stellvertretende Generalsekretärin:

  - Palffy Stefanie, lic. iur.

  Adjunkt/Rechnungsführer/EDV-Koordinator:

  - Rüegg Dieter, lic. rer. publ.

  Bereichsverantwortlicher EDV-Applikationen:

  - Ernst Jörg, lic. iur.

  EDV-Support:

  - Pfenninger Sascha, Informatiker

  Wissenschaftliche Dokumentation/Bibliothek:

  - Büchel Harald, lic. iur., NDS IuD

- **Kammersekretär/innen**

  - Fehr Pascale, lic. iur.
  - Möckli Walter, lic. iur.
  - Peter Oliver, lic. iur.
  - Tanner Imfeld Monika, lic. iur.

- **Juristisches Sekretariat**

  - Bachmann Yvonne, lic. iur.
  - Bachofner Benjamin, lic. iur.
  - Bänninger Schäppi Franziska, lic. iur.
  - Brügger Felix, lic. iur.
  - Condamin-Voney Gertrud, lic. iur.
  - Dall'O-Bernardini Pascale, Dr. iur.
  - Dürst Yvonne, lic. iur. **

- Ernst Jörg, lic. iur.
- Fischer Antonia, lic. iur.
- Fraefel Thomas, Dr. iur.
- Gasser Küffer Birgit, lic. iur.
- Gasser Stefan, lic. iur.
- Gräub Erich, lic. iur.
- Häny Iris, lic. iur.
- Imhof Edgar, Dr. iur. et lic. theol.
- Klemmt Yves-Alain, lic. iur.*
- Kobel Barbara, lic. iur.
- Lamas Monica, lic. iur. **
- Lienhard Stefanie, lic. iur.
- Malnati Burkhardt Cristina, lic. iur.
- Maurer Reiter Edith, lic. iur.
- Meier Camille, lic. iur.
- Meier-Wiesner Claudia, lic. iur.
- Meili Sandra, lic. iur.
- Randacher Madeleine, Dr. iur.
- Sager Rahel, lic. iur.
- Schetty Alain, lic. iur.
- Schnellmann Reta, lic. iur.
- Sonderegger Stefan, lic. iur.
- Spross Sabine, lic. iur. *
- Steck Yvonne, lic. iur.
- Stocker Werner, Dr. iur.
- Sturzenegger Ladina, lic. iur.
- Tettamanti Eva, lic. iur. *
- Tiefenbacher Sabine, lic. iur.
- Vieli Corinne, lic. iur.
- Vogel Christian, lic. iur.
- Volz Melchior, lic. iur.

- Von Aesch Kamer Susanne, lic. iur.
- Von Streng Kitty, Dr. iur.
- Werner Ulrike, lic. iur.
- Wilhelm Georg, lic. iur.

- **Administrative Kanzlei**
  - Bassi Jeanette
  - Beerli Monika
  - Dopp Ilse-Maria
  - Hasler Sonja
  - Keller Jrene
  - Klauser Iris
  - Liggenstorfer Angelika
  - Pandzic Mirjana
  - Picone Monika
  - Schweizer Brigitte
  - Sprenger Erika
  - Theiler Brigitte
  - Véron Carbogno Agnes
  - Vetterli Maja

(*) Eintritt im Laufe des Berichtsjahres (ab Januar 2006)

(**) Austritt im Laufe des Berichtsjahres (bis Dezember 2006)

7. Sachliche Zuständigkeit

7.1 Zuständigkeit des Sozialversicherungsgerichts

Soweit das Bundesrecht vorschreibt, dass Beschwerden aus dem Gebiet des Sozialversicherungsrechts durch ein kantonales Versicherungsgericht beurteilt werden, ist hierfür das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Gerichtsinstanz zuständig (vgl. §§ 2 und 4 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht). Dies gilt insbesondere für Beschwerden nach Art. 56 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Verbindung mit den Bundesgesetzen über

- die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- die Invalidenversicherung (IVG)
- die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG)
- die Krankenversicherung (KVG)
- die Unfallversicherung (UVG)
- die Militärversicherung (MVG)
- den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (EOG)
- die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG)
- die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG)

Im Weiteren ist das Sozialversicherungsgericht zuständig für:

- Klagen nach Art. 73 des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) einschliesslich die freiwillige Vorsorge der Personalvorsorgestiftungen gemäss Art. 89^{bis} Abs. 5 und 6 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) und Klagen nach Art. 142 ZGB in Verbindung mit Art. 25 a des Freizügigkeitsgesetzes (FZG) sowie nach Art. 25 FZG
- Klagen über privatrechtliche Streitigkeiten zwischen Versicherungsunternehmen oder zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung nach Art. 85 des Bundesgesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (VAG)
- Beschwerden betreffend Entschädigung und Genugtuung nach Art. 17 des Opferhilfegesetzes (OHG) sowie Beschwerden betreffend materielle Soforthilfe und Übernahme weiterer Kosten im Sinne von Art. 3 des Gesetzes

Gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht entscheidet dieses endgültig über folgende kantonalrechtliche Streitigkeiten:

- Beschwerden betreffend Beihilfen und Gemeindezuschüsse nach §§ 13 und 20 des Gesetzes über die Zusatzleistungen zur Eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
- Beschwerden betreffend Kinderzulagen nach § 171 a des Gesetzes über die Förderung der Landwirtschaft
- Beschwerden nach § 27 des Gesetzes über Kinderzulagen für Arbeitnehmer
- Beschwerden gemäss Art. 65 KVG sowie gemäss §§ 28 und 29 EG KVG

7.2 Zuständigkeit des Schiedsgerichts

Das dem Sozialversicherungsgericht angegliederte Schiedsgericht beurteilt gemäss § 35 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten nach Art. 89 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), Art. 57 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG), Art. 26 Abs. 4 und Art. 27^{bis} des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG) sowie Art. 27 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG).

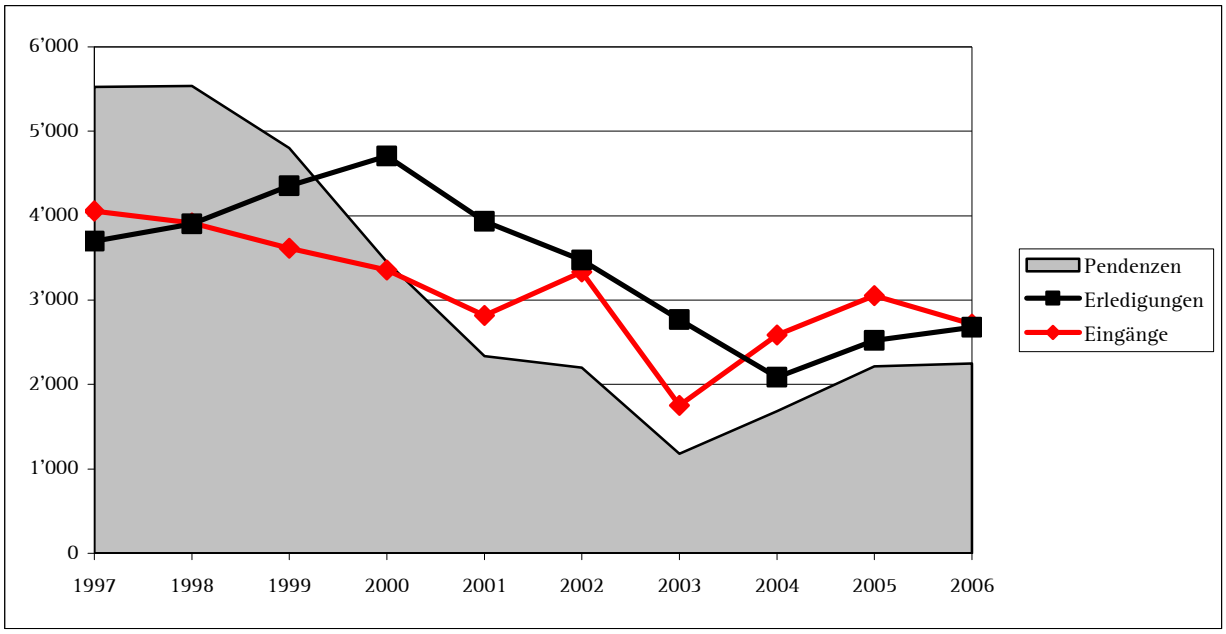
8. Statistische Übersichten

8.1 Sozialversicherungsgericht

- **Bestand (Eingänge, Erledigungen und Pendenzen)**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
AHVG (ohne Schadenersatz)	112	119	137	94
AHVG (Schadenersatz)	50	96	69	77
AVIG	365	500	528	337
BVG	135	171	149	157
EOG	0	0	0	0
IVG	1'025	1'202	1'220	1'007
KVG	121	138	135	124
MVG	6	1	4	3
OHG	7	17	8	16
UVG	351	401	367	385
Übrige*	41	70	61	50
2006	**2'213**	**2'715**	**2'678**	**2'250**
2005	1'682	3'054	2'523	2'213
Differenz in %		- 11.1 %	+ 6.1 %	+ 1.7 %

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

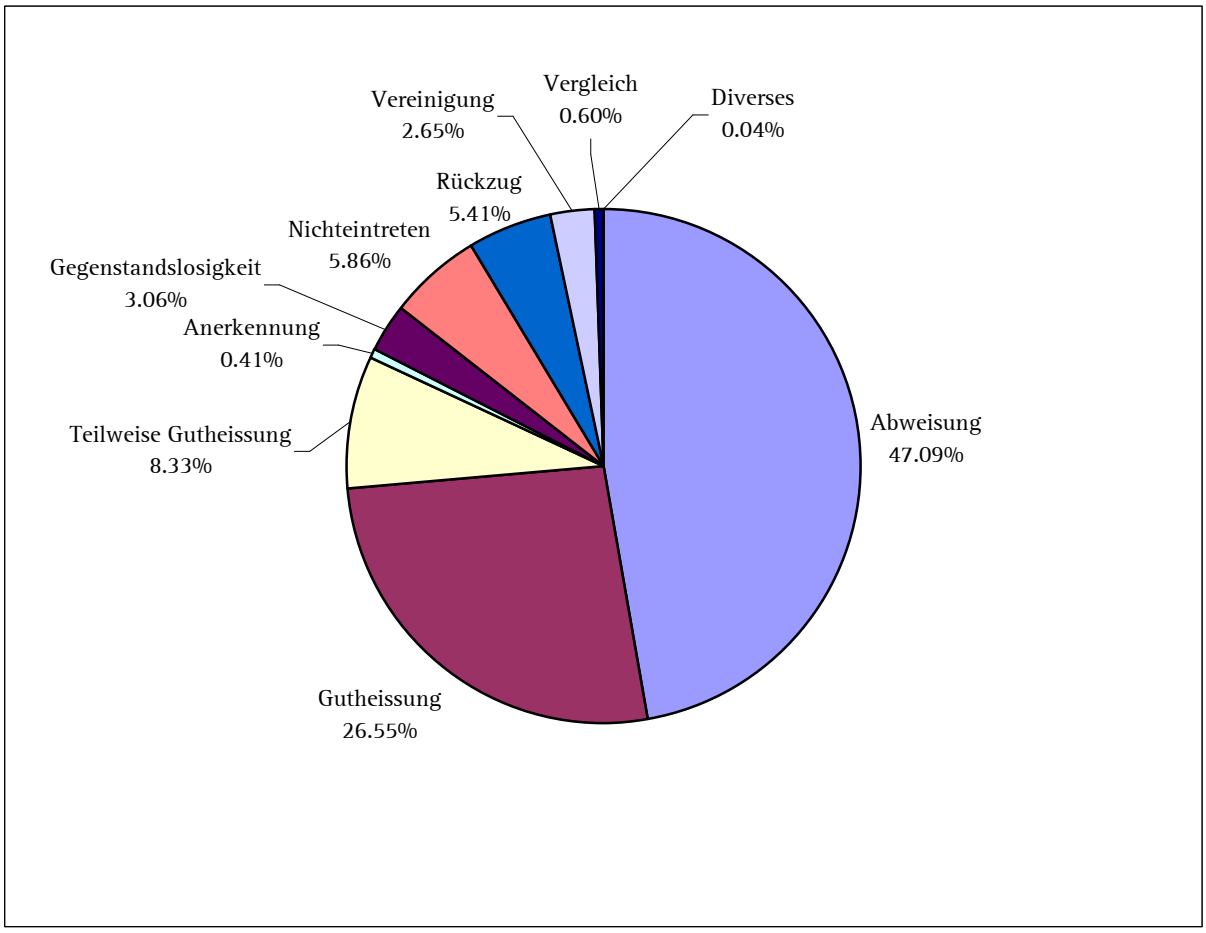


	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Eingänge	4'054	3'917	3'615	3'356	2'818	3'335	1'751	2'585	3'054	2'715
Erledigungen	3'697	3'904	4'352	4'704	3'935	3'473	2'767	2'084	2'523	2'678
Pendenzen	5'524	5'537	4'800	3'452	2'335	2'197	1'181	1'682	2'213	2'250

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gut-heissung	Teilw. Gut-heissung	Aner-kennung	Gegen-standslos	Nicht-eintreten	Rückzug	Vereini-gung	Vergleich	Diverses	Total
AHVG (ohne SE)	67	28	15	0	4	8	14	1	0	0	137
AHVG (SE)	21	6	13	0	0	12	3	14	0	0	69
AVIG	297	111	42	0	18	34	11	14	1	0	528
BVG	51	32	21	4	3	15	17	3	3	0	149
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	543	423	71	0	37	49	70	24	3	0	1'220
KVG	50	20	26	7	5	11	7	3	6	0	135
MVG	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	4
OHG	4	2	2	0	0	0	0	0	0	0	8
UVG	207	75	28	0	8	19	16	11	3	0	367
Übrige*	19	14	3	0	7	9	7	1	0	1	61
2006	**1'261**	**711**	**223**	**11**	**82**	**157**	**145**	**71**	**16**	**1**	**2'678**
2005	1'055	740	188	7	110	189	154	57	15	8	2'523

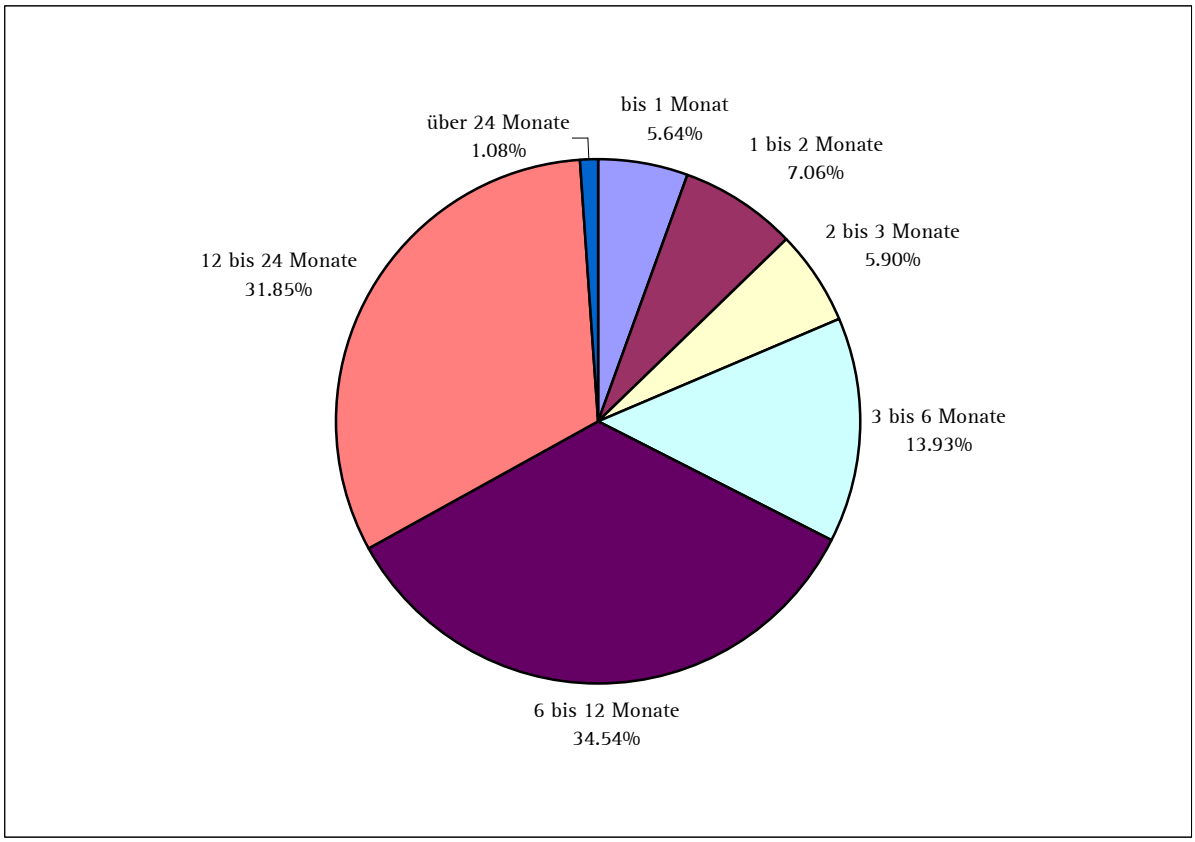
* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



Verfahrensdauer (in Monaten)

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	11	12	13	12	44	44	1	137
AHVG (Schadenersatz)	11	10	3	3	20	20	2	69
AVIG	25	49	34	81	242	96	1	528
BVG	15	16	13	13	39	46	7	149
EOG	0	0	0	0	0	0	0	0
IVG	46	62	66	194	415	432	5	1'220
KVG	8	23	13	17	27	43	4	135
MVG	0	0	0	0	1	3	0	4
OHG	0	1	1	1	4	1	0	8
UVG	20	10	11	40	127	152	7	367
Übrige*	15	6	4	12	6	16	2	**61**
2006	**151**	**189**	**158**	**373**	**925**	**853**	**29**	**2'678**
2005	145	210	207	497	1'023	419	22	2'523

* gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)

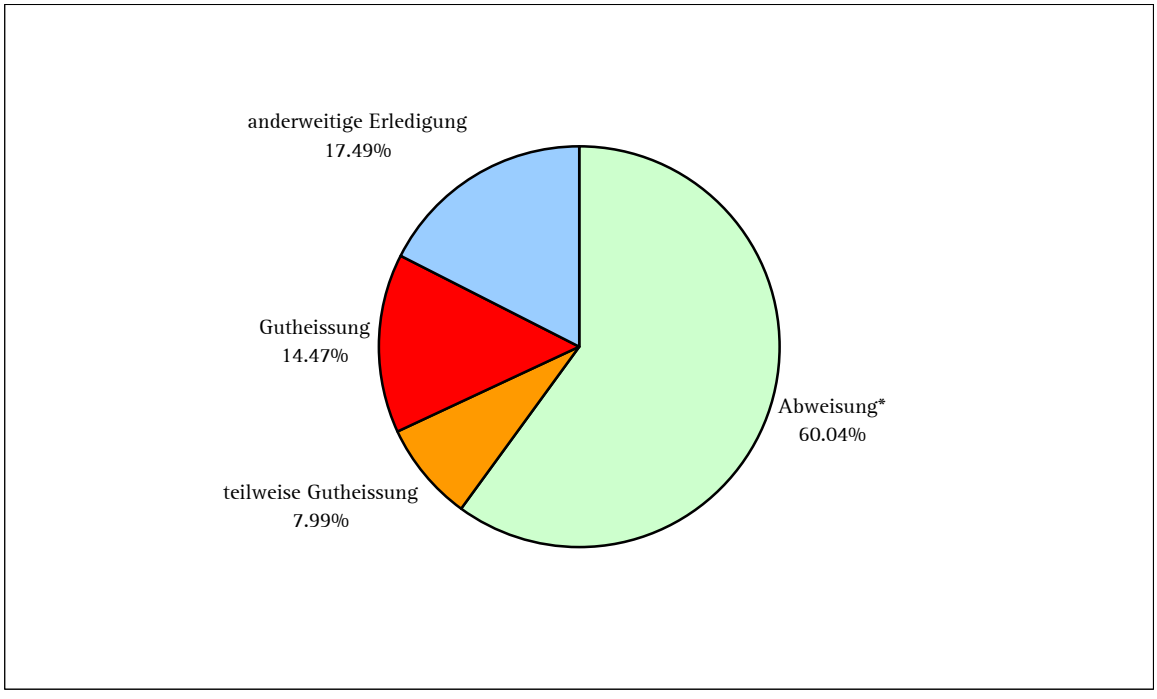


- **Vom Eidgenössischen Versicherungsgericht erledigte Prozesse**

	Abweisung	Teilweise Gutheissung	Gutheissung	anderweitige Erledigung	Total
AHVG (ohne Schadenersatz)	9	3	1	5	18
AHVG (Schadenersatz)	7	2	1	6	16
AVIG	48	6	16	10	80
BVG	19	1	8	5	33
EOG	0	0	0	0	0
IVG	122	14	24	25	185
KVG	9	0	3	18	30
MVG	1	0	0	0	1
OHG*	2	0	0	0	2
UVG	58	10	13	8	89
Übrige**	3	1	1	4	9
2006	**278**	**37**	**67**	**81**	**463**
2005	270	48	46	71	435

* Vom Bundesgericht in Lausanne erledigte Prozesse

** gemäss § 3 des Gesetzes über das Sozialversicherungsgericht (kantonalrechtliche Streitigkeiten)



* Entscheide des Sozialversicherungsgerichts in Rechtskraft erwachsen

Vergleich „Umkehrquote“ EVG

- Gesamtschweizerisch 28.3 % (Vorjahr 28.7 %)
- Sozialversicherungsgericht ZH 22.5 % (Vorjahr 21.6 %)

8.2 Schiedsgericht

- **Bestand und Erledigungen**

	Übertrag Vorjahr	Eingänge	Erledigungen	Pendenzen
2006	**28**	**8**	**18**	**18**
2005	20	25	17	28

- **Erledigungsart**

	Abweisung	Gutheissung	Teilweis Gut-heissung	Anerkennung	Gegenstands-losigkeit	Nichteintreten	Rückzug	Vereinigung	Vergleich	Diverses	Total
2006	**3**	**1**	**1**	**1**	**1**	**0**	**3**	**3**	**5**	**0**	**18**
2005	0	1	0	0	0	0	2	4	10	0	17

- **Verfahrensdauer in Monaten**

	bis 1 M.	1 bis 2 M.	2 bis 3 M.	3 bis 6 M.	6 bis 12 M.	12 bis 24 M.	über 24 M.	Total
2006	**1**	**1**	**1**	**5**	**3**	**2**	**5**	**18**
2005	1	1	2	8	2	1	2	17

Abkürzungen

AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
AVIG	Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge
ELG	Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
EOG	Bundesgesetz über den Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
GSVGer	Gesetz über das Sozialversicherungsgericht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (ab 1.1.1996)
MVG	Bundesgesetz über die Militärversicherung
OHG	Bundesgesetz über die Hilfe an Opfern von Straftaten (Opferhilfegesetz)
UVG	Bundesgesetz über die Unfallversicherung
VAG	Bundesgesetz betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen